

| | | |
|---|----------------|-------------------------------------|
| NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe | Gremium: | 9. Plenarsitzung Gemeinderat |
| | Termin: | 03./04.03.2015, 09:00 Uhr |
| | | öffentlich |
| | Ort: | Bürgersaal des Rathauses |
| | Vorsitzende/r: | Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup |

Auszug aus dem Protokoll

(...)

Antrag Nr. 164 (S. 258): Bonusprogramm für energetische Sanierung/Erhöhung der eingestellten Mittel (GRÜNE)

Stadträtin Mayer (GRÜNE): Das Bonusprogramm für energetische Sanierung im Privatbereich setzt einen Anreiz, um energetisch sinnvolle Baumaßnahmen im Privatbereich durchzuführen. Erst vor knapp vier Monaten hat unser Gemeinderat die Weiterentwicklung der bestehenden Konzeption beschlossen. Diese Weiterentwicklung umfasst auch verstärkte Werbemaßnahmen.

Wir freuen uns, dass die Stadtverwaltung auch unsere Bedenken teilt, nämlich dass die potentielle Mehrnachfrage, die aus diesen Werbemaßnahmen entstehen kann, vielleicht nicht gedeckt werden kann. Wir wollen nicht, dass berechtigte Anträge zurückgewiesen werden aufgrund von fehlenden finanziellen Mitteln, die nicht im Haushalt eingestellt sind. Wir wünschen uns deshalb eine Aufstockung von 50 % für das Bonusprogramm. Letztlich ist nicht sicher, ob diese dann auch voll ausgeschöpft werden. Aber wir möchten niemanden zurückweisen, der hier den Willen hat, Maßnahmen, die sinnvoll sind, vorzunehmen.

Stadtrat Brenk (CDU): Der gleiche Antrag, wie vorhin auch. Die CDU-Fraktion folgt der Empfehlung der Stadtverwaltung und beantragt die Ablehnung.

Begründung hierzu: Wir haben eine angespannte Haushaltslage. Herr Oberbürgermeister, Sie haben vorhin gesagt, wie viel Geld wir gestern schon verbraten haben. Deshalb sind wir an irgendeiner Stelle, wenn es auch nur zum Schluss der Haushaltsberatung ist, zum Sparen verpflichtet.

Weiterhin muss man davon ausgehen, dass der Bürger, der heute renoviert, weiß, was draußen zu tun ist. Weiterhin gibt es KfB-Mittel. Das weiß der Bürger auch. Die kann er bei seiner Hausbank beantragen. Wir haben mündige Bürger, wir haben Bürger, die wissen, was sie wollen. Es gibt auch eine Vielzahl von Unternehmen, die diese Beratung und diese Antragstellung letzten Endes übernehmen können. Die freuen sich darauf, wenn sie den Antrag stellen können, weil dann die Unternehmen auch den Umsatz daraus wieder generieren können.

Ob über das Bonusprogramm Anreize geschaffen werden, bezweifeln wir erheblich. Ich sage es nochmals: Wir stimmen dem Antrag deshalb nicht zu.

Stadtrat Dr. Fechler (SPD): Die SPD-Fraktion folgt der Vorlage der Verwaltung. Aus unserer Sicht sind hinreichend Haushaltsmittel eingestellt. Wir halten das für wenig seriös, wenn man auf ein Vielleicht mit einer Erhöhung um 50 % reagiert. Vor vier Monaten hat sich der Gemeinderat und auch unsere Fraktion für eine Ausweitung des Programms ausgesprochen. Die bisherigen Haushaltsmittel sind nicht in vollem Umfang ausgeschöpft worden. Von daher werden wir der Vorlage nicht zustimmen.

Stadtrat Jooß (FDP): Ich habe es schon einmal gesagt. Es ist hier nicht Sache der Kommune. Energetische Sanierung zu unterstützen, ist Sache des Bundes und des Landes. Wenn die sich nicht einigen können, tut es uns furchtbar leid. Die haben erstens die Gelder, zweitens kann man das über steuerliche Abschreibungen am besten regulieren. Von daher stimmen wir gegen den Antrag der Grünen.

Stadtrat Wohlfeil (KULT): Wir haben vor kurzem erst beschlossen, dass die Maßnahmen, die damit gefördert werden, erweitert werden und damit auch das Programm enorm erweitert. Es war bisher schon gut ausgenutzt. Entsprechend gehen wir heute die Erhöhung mit, um weiterhin auf jeden Fall den Bedarf decken zu können.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Das ist genau wieder ein Beispiel von den Dingen, die ich in meiner Haushaltsrede genannt habe, die völlig unnötig und unnützlich sind, wo das Geld zum Fenster hinausgeworfen wird.

Wenn es uns wirklich darum ginge, etwas gegen die Freisetzung von CO₂ zu tun, dann gäbe es ganz andere Maßnahmen, die wir ergreifen könnten. In Wirklichkeit ist es so, dass die Kohlekraftwerke, die hier in Baden-Württemberg abgebaut werden, in China wieder aufgebaut werden, um dort – so wie hier – weiterhin CO₂ in die Luft zu blasen. Das sind die Mengen, um die es wirklich geht. Das, was hier vorgeschlagen wird, ist der Tropfen auf den heißen Stein, der am Ende gar nichts bringt.

Letztendlich ist es sogar negativ zu werten, denn es werden Leute dazu verleitet, in ihre Häuser auf eine Art und Weise zu investieren, die sich nie wieder amortisieren wird. Wenn man nämlich genau durchrechnet, ist es häufig so, dass es teilweise 30 Jahre und mehr braucht, um die Kosten für das Dämmen eines Hauses wieder hereinzubekommen durch das Einsparen von Heizenergieträgern. So gesehen ist diese ganze Maßnahme aus unserer Sicht kontraproduktiv.

Wir lehnen es ganz vehement ab, dass die Stadt weitere Mittel in diese Dinge investiert.

Stadtrat Dr. Fischer (KULT): Es gibt eine nationale Klimaschutzvorstellung, wie es sich entwickeln soll. Zentraler Baustein dieser nationalen Klimaschutzvorstellung ist, dass der Hausenergieverbrauch gesenkt werden muss, weil das der zentrale Bereich in der Bundesrepublik Deutschland ist. Dies wird von der CDU bis zu den Grünen so gesehen. Deswegen wundere ich mich, dass die CDU dem nicht zustimmen will. Denn die Kanzlerin hat sich gerade vor kurzem mit der CSU darüber streiten müssen.

Aber wenn ich jetzt höre, dass mein Nachbar als einziger in diesem Land genau das Gegenteil weiß, dann muss ich einfach sagen, ich vertraue einer Mehrheit von Experten, als dass ich jetzt Ihnen folgen kann.

Der Vorsitzende: Wir kommen damit zur Abstimmung. Ich darf um das Kartenzeichen bitten. Bei 15 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

Ich würde Ihnen zum Verfahren folgenden Vorschlag machen. Wenn wir die ersten Anträge haben, die wir nicht mehr bedienen können, dann schauen wir uns das noch einmal in Ruhe an. Dann nehmen wir noch einmal miteinander Kontakt auf. Denn es ist natürlich in der Tat nicht unser Ziel, dann unbedingt im Oktober Schluss zu machen. Auf der anderen Seite – so ist auch unsere Empfehlung ausgefallen – macht es aus unserer Sicht jetzt keinen Sinn, Beträge zu erhöhen, von denen wir nicht wissen, ob wir sie brauchen und ob wir sie uns leisten können.

Das sind die zwei Punkte, die wir zu gegebener Zeit noch einmal diskutieren können.

(...)